

13.03.2026

Niederschrift 001/2026

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie

am 11.02.2026 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002-C.003

Beginn 17:00 Uhr

Ende 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur (SPD)

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Herr Julius Rothkegel

Herr Martin Wiggermann

Vertretung für Herrn Julian-Andre Koch

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Rainer Goepfert

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Herr Hubert Hüppe

Frau Elke Wegner

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Torsten Goetz

Kreistagsmitglieder AfD

Herr Johannes Kohlhaas-Müller

Herr Richard Mikus

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Patricia Morgenthal

Sachkundiger Bürger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Niklas Scheitza

Kreistagsmitglied DIE LINKE

Frau Sarah Conradi

Kreistagsmitglied FFV

Herr Andreas Wette

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dez. IV

Herr Christian Bornemann, Leiter SG 50.1 – Grundsatzangelegenheiten und Soziale Sicherung
Herr Thomas Dierschke | SG 50.1 - Grundsatzangelegenheiten und Soziale Sicherung
Frau Sengül Ersan, Leiterin FB 35 – Zuwanderung und Integration
Frau Daniela Tomczak, Geschäftsführerin Jobcenter Kreis Unna
Frau Marianne Oldenburg, stv. Geschäftsführerin Jobcenter Kreis Unna
Frau Jennifer Schmandt, Inklusionsbeauftragte | Büro des Landrats – Leitungsstab
Frau Sonja Risy, Schriftführerin | Büro des Landrats – Sitzungsdienst

Abwesend:

Kreistagsmitglied SPD

Herr Julian-Andre Koch

Kreistagsmitglieder | Einzelmitglied (beratend)

Herr Joean Dawoud

Herr Christian Steuer

Frau Chur begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 29.01.2026 versandt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, sodass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung der Schriftführung und der stellv. Schriftführung |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | | Struktur und Aufgaben des Fachbereichs 50 – Arbeit und Soziales;
BE: Dezernent Torsten Göpfert |
| Punkt 4 | | Bericht aus der Arbeit des Jobcenters Kreis Unna;
BE: Daniela Tomczak (Geschäftsführerin) |
| Punkt 5 | 010/26 | Abschlussbericht der Inklusionsmaßnahmenplanung 2023-2025;
BE: Jennifer Schmandt (Inklusionsbeauftragte) |
| Punkt 6 | 011/26 | Maßnahmenplanung Inklusion 2026-2028;
BE: Jennifer Schmandt (Inklusionsbeauftragte) |
| Punkt 7 | 014/26 | Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2025;
BE: Thomas Dierschke (Sozialplanung) |
| Punkt 8 | 196/25 | Demokratiepreis Kreis Unna 2026 |
| Punkt 9 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung der Schriftführung und der stellv. Schriftführung

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Sonja Risy als Schriftführerin für den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie bestellt. Zu stellvertretenden Schriftführerinnen für diesen Ausschuss werden Frau Sabrina Albert und Frau Tara Janello bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 3 Struktur und Aufgaben des Fachbereichs 50 – Arbeit und Soziales;
BE: Dezernent Torsten Göpfert**

Erörterung

Herr Göpfert erläutert die Struktur des Fachbereichs 50 „Arbeit und Soziales“ anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift). Er beschreibt die vier Sachgebiete des Fachbereichs, die sich mit Sozialplanung, Pflegehilfen, Teilhabe- und Förderleistungen sowie Schwerbehindertenrecht befassen. Darüber hinaus falle auch das Jobcenter Kreis Unna, welches der Kreis Unna gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Hamm betreibe, unter die Zuständigkeit des Fachbereichs.

Der Kernauftrag liege in der Existenzsicherung, Teilhabe und Unterstützung in der Pflege. Herr Göpfert betont hierbei die Zusammenarbeit mit Trägern in der Pflegeberatung und die zentrale Rolle von Eingliederungshilfen im Bereich Teilhabe. Abschließend nennt er zukünftige Herausforderungen wie neue gesetzliche Regelungen, Fachkräftemangel und Digitalisierung.

**Punkt 4 Bericht aus der Arbeit des Jobcenters Kreis Unna;
BE: Daniela Tomczak (Geschäftsführerin)**

Erörterung

Frau Tomczak stellt sich als neue Geschäftsführerin des Jobcenters Kreis Unna kurz vor. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit der Politik und die Gestaltung der Arbeit im Kreis Unna.

Anschließend berichtet sie anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) über die positive Entwicklung der aktuellen Kennzahlen des Jobcenters Kreis Unna. Die Integrationsquote sei im Vergleich zu anderen Jobcentern hoch, und der Kreis Unna habe die Arbeitslosigkeit erfolgreich gesenkt. Frau Tomczak erwähnt, dass die Planung der Kosten für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2026 angepasst werden könne, da die ursprünglich veranschlagten Mittel nicht vollständig benötigt würden. Dies eröffne neue finanzielle Spielräume für den Kreis.

Im Hinblick auf den Ausbildungsmarkt führt sie aus, dass im Ausbildungsjahr 2025/2026 sowohl die Zahl der Ausbildungsstellen als auch die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sei. Dies sei ein positives Signal, insbesondere angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Frau Tomczak hebt hervor, dass ein Großteil der arbeitslosen Jugendlichen im Kreis Unna keinen Berufsabschluss habe, was die Bedeutung von Ausbildungsförderung unterstreiche. Zudem sei ein erheblicher Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ohne Schulabschluss, was zusätzliche Herausforderungen mit sich bringe.

Herr Hüppe bedankt sich für den Vortrag und fragt nach der Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei schwerbehinderten Menschen. Er verweist auf eine Berufsmesse in Lünen für Menschen mit Behinderungen und bemängelt, dass der öffentliche Dienst dort nicht ausreichend vertreten gewesen sei. Frau Tomczak erklärt, dass ihr keine signifikanten Anstiege bei der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen bekannt seien, aber die aktuellen Zahlen mit der Niederschrift nachgereicht würden. Sie räumt ein, dass sie nicht an der Organisation der genannten Messe beteiligt gewesen sei, versichert jedoch, das Thema aufzunehmen und den öffentlichen Dienst bei zukünftigen Veranstaltungen stärker einzubinden. Sie ergänzt, dass das Jobcenter Kreis Unna die gesetzliche Verpflichtung zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen erfülle.

[Hinweis der Schriftführerin: Ein Überblick über den Bestand an arbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung im Rechtskreis SGB II ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.]

**Punkt 5 010/26 Abschlussbericht der Inklusionsmaßnahmenplanung 2023-2025;
BE: Jennifer Schmandt (Inklusionsbeauftragte)**

Erörterung

Frau Schmandt beschreibt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 4) ihre Aufgabenbereiche, die sich in die Tätigkeiten als Inklusionsbeauftragte und als Koordinatorin für Psychiatrie unterteilen. Sie berichtet über die bisherigen Inklusionsmaßnahmen sowie ihre Aufgaben in der Planung und Evaluierung des Inklusionsprozesses. Hierbei geht sie auch auf den Fachbeirat Inklusion sowie die Arbeitsgruppe Inklusion ein.

Zum Abschlussbericht führt sie aus, dass dieser insgesamt 47 Maßnahmen umfasse, von denen sechs auf einem politischen Ergänzungsantrag basieren und 41 Maßnahmen durch die Verwaltung geplant worden seien. Von diesen seien 35 Maßnahmen umgesetzt, vier auf die aktuelle Maßnahme verschoben worden, und es habe eine Maßnahmeverknüpfung gegeben.

Herr Hüppe bedankt sich zunächst für die Ausführlichkeit des Berichts und nennt die Sprechstunde für Gehörlose als positives Beispiel, das auf Antrag der CDU-Fraktion durch den Landrat umgesetzt worden sei. Er bemängelt jedoch die Umsetzung von Praktika für Menschen mit Behinderung, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Er weist darauf hin, dass die kreiseigenen Förderschulen angeschrieben worden seien, jedoch nur eine Schule geantwortet habe, die das Angebot als problematisch bezeichnet habe.

Er kritisiert, dass keine ausreichende Betreuung für solche Praktika bereitgestellt werde, dies aber Aufgabe im Rahmen von KAoA-STAR sei.

Frau Schmandt erwidert, dass die Personalabteilung der Kreisverwaltung aktiv Förderschulen angesprochen und einen speziellen Flyer verteilt habe, um Schülerinnen und Schüler auf Praktikumsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Eine Schule habe sich zurückgemeldet und Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung geäußert. Dennoch sei im Rahmen des Budgets für Arbeit ein Praktikum durchgeführt worden. Die betreffende Person habe sich anschließend entschieden, in die Werkstatt zurückzukehren, da sie ihr soziales Umfeld dort vermisst habe. Frau Schmandt betont, dass weiterhin Praktika angeboten werden sollen und entsprechende Maßnahmen für das laufende Jahr geplant seien. Für das Budget für Ausbildung sei es jedoch schwierig, passende Tätigkeiten zu finden. Der Bereich Tierpflege könnte eine Option sein, bislang seien jedoch keine adäquaten Stellen gefunden worden.

Herr Rothkegel lobt die bisherigen Bemühungen der Kreisverwaltung und fragt nach, aus welcher Schule die Rückmeldungen zu den strukturellen Problemen stammten. Er äußert die Vermutung, dass es auch Schulen gebe, die keine Unterstützung benötigten, und regt an, die Gründe für die Probleme in der Maßnahmenplanung zu klären. Frau Schmandt erklärt, dass sie die genaue Schule nicht benennen könne, sich jedoch darum kümmern werde, diese Information nachzureichen. Die Flyer würden weiterhin zur Verfügung stehen und aktiv beworben, auch wenn keine neuen erstellt würden. Sie räumt ein, dass die Situation unbefriedigend sei, und versichert, dass die Bemühungen fortgesetzt würden.

Darüber hinaus erkundigt sich Herr Hüppe, ob Kontakt mit der AWO und deren Bildungswerk „NeuEinstellung“ aufgenommen worden sei, da dieses Menschen mit Behinderung Möglichkeiten biete, über andere Wege in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Er merkt an, dass das Thema bereits in einem früheren Ausschuss behandelt worden sei, jedoch seiner Ansicht nach damals nicht ausreichend Beachtung gefunden habe.

Herr Goepfert erläutert als sachkundiger Bürger und AWO-Geschäftsführer das Projekt „NeuEinstellung“ bei der Tochtergesellschaft Bildung+Lernen: Ziel sei es, Menschen mit Behinderungen individuell zu fördern und ihnen Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Das Projekt berücksichtige Ausbildung, Arbeit und den Übergang von Schule zu Beruf und binde Arbeitgeber aktiv ein, sodass sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber profitieren würden. Es handle sich um ein regional begrenztes, kleines Projekt, das eine spezifische Zielgruppe anspreche und das persönliche Budget nutze. Es grenze sich klar von Programmen wie KAoA ab. Herr Goepfert schlägt vor, das Projekt bei Interesse detaillierter vorzustellen, da er den Ansatz für zielführend halte. Während Werkstätten für einige Menschen mit Behinderungen passend seien, richte sich „NeuEinstellung“ gezielt an diejenigen mit Potenzial für den ersten Arbeitsmarkt.

Auf Nachfrage von Herrn Hüppe, Menschen mit Behinderung als Kunstschaffende im Bereich der Kultur eine Chance zu geben, verweist Frau Schmandt auf einen Termin mit Frau Freitag und Frau Lünemann auf Haus Opherdicke. In einem persönlichen Gespräch sei Herrn Hüppe dargelegt worden, warum keine separaten Angebote geschaffen würden. Die Auswahl erfolge ausschließlich anhand des künstlerischen Schaffens und nicht aufgrund anderer Merkmale wie Geschlecht oder Lebenszugehörigkeit.

Herr Hüppe regt an, auch kreiseigene Gesellschaften wie die GWA oder die UKBS in die Bemühungen einzubeziehen, da dort möglicherweise geeignete Tätigkeiten für Menschen mit Behinderungen vorhanden seien. Herr Goepfert ergänzt, dass die Tochtergesellschaften sowohl als Arbeitgeber als auch als Auftraggeber für Leistungen und Beschaffungen eine wichtige Funktion einnehmen würden. Der gesetzliche Rahmen ermögli-

che es, öffentliche Aufträge bevorzugt an Unternehmen zu vergeben, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Dies sei eine Möglichkeit, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Region zu schaffen und zu sichern. Dabei verweist er auf bestehende Einrichtungen wie Werkstätten und Integrationsbetriebe, die bereits Arbeitsplätze für diese Zielgruppe bereitstellen. Er regt an, den gesetzlichen Rahmen in diesem Bereich voll auszuschöpfen, um weitere Potenziale zu nutzen.

Frau Schmandt kündigt an, das Thema in den nächsten Sitzungen der zuständigen Arbeitsgruppe anzusprechen und die zukünftigen Möglichkeiten zu prüfen.

Die Drucksache 010/26 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 6 011/26 Maßnahmenplanung Inklusion 2026-2028;
BE: Jennifer Schmandt (Inklusionsbeauftragte)**

Erörterung

Frau Schmandt führt zur aktuellen Maßnahmenplanung aus. Die neuen Maßnahmen für den genannten Zeitraum seien im gleichen Format wie bisher dargestellt und würden schrittweise erweitert.

Herr Hüppe erinnert an einen Antrag, der sich mit den Übergängen von Menschen mit Behinderungen im inklusiven Unterricht beschäftigte. Dabei sei berichtet worden, dass keine entsprechenden Zahlen vorlägen. Herr Hüppe regt an, alternative Wege zu prüfen, beispielsweise durch eine direkte Befragung von KAOA oder anderen Stellen, um Daten zu denjenigen zu erhalten, die nicht in Förderschulen, sondern im gemeinsamen Unterricht unterrichtet werden. Zudem bittet er um eine Klärung von KAOA im Zusammenhang mit dem Thema Barrierefreiheit und schlägt vor, zusätzliche Maßnahmen in diesem Bereich zu entwickeln.

Frau Schmandt sagt zu, dass die Zahlen für das Jahr 2027 vom Fachbereich 40 aufbereitet und als Bericht zur Verfügung gestellt würden.

Herr Hüppe erkundigt sich zudem nach der Möglichkeit, an dem Konzept für ein inklusives Schulsystem mitzuwirken. Er hebt hervor, dass in diesem Bereich bereits Fortschritte erzielt worden seien und dass es erfolgreiche Ansätze gebe.

Frau Schmandt betont, dass eine Mitarbeit ausdrücklich erwünscht sei. Sie informiert, dass eine Terminankündigung zeitnah erfolgen werde. Der geplante Fachtag werde interaktiv gestaltet und sehe eine Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus Politik, Schule und weiteren relevanten Bereichen vor. Ziel sei es, gemeinsam Ideen zu entwickeln, mögliche nächste Schritte zu definieren und Stellschrauben zu identifizieren, die bewegt werden könnten.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Die Maßnahmenplanung „UNbedingt inklusiv“ 2026 – 2028 wird beschlossen.
2. Im Jahr 2027 erfolgt eine Berichterstattung über den Umsetzungsstand der Maßnahmenplanung im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie. Der Abschlussbericht wird nach dem Durchführungszeitraum vorgelegt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 7 014/26 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2025;
BE: Thomas Dierschke (Sozialplanung)**

Erörterung

Herr Dierschke erläutert den Pflegebedarfsplan anhand einer Präsentation (siehe Anlage 5). Der Pflegebedarfsplan basiere auf § 7 Altenpflegegesetz NRW und unterscheide zwischen öffentlicher Planung und verbindlicher Bedarfsplanung. Für 2028 bestehe ein zusätzlicher Bedarf an elf stationären Pflegeplätzen, 333 Tagespflegeplätzen, 71 Plätzen in Pflegewohngemeinschaften und 1.919 Servicewohnungen. Die Bevölkerungsentwicklung im Kreis Unna zeige einen Rückgang bis 2028, gefolgt von einem Anstieg der älteren Bevölkerung ab 2030. Aktuell gebe es 4.221 stationäre Pflegeplätze und eine durchschnittliche Auslastung von 94 %. Die Planungszeiträume seien zu kurz, und es gebe Schwierigkeiten, Investoren zu finden.

Frau Wegner äußert Bedenken hinsichtlich der Serviceverträge bei Servicewohnungen, da diese oft nicht die erwarteten Leistungen enthielten. Sie kritisiert, dass der Bedarf an Pflegepersonal und Einrichtungen seit Jahrzehnten bekannt sei, jedoch nicht ausreichend gehandelt werde. Insbesondere die solitäre Kurzzeitpflege sei seit Jahren ein Problem, da Notfälle oft nicht adäquat versorgt werden könnten. Sie fordert eine stärkere Unterstützung durch den Gesetzgeber, um die Kostenentwicklung und den Fachkräftemangel anzugehen.

Herr Dierschke bestätigt, dass die solitäre Kurzzeitpflege eine kritische Situation darstelle. Er erklärt, dass es separate Kurzzeitpflegeplätze in Pflegeheimen gebe, diese jedoch oft nicht ausreichten. Die Kostenentwicklung sei ein weiteres Problem, das die Pflegeinfrastruktur belaste.

Frau Chur betont die Bedeutung der Pflegebedarfsplanung und weist darauf hin, dass die soziale und pflegerische Infrastruktur für die Menschen im Kreis Unna gesichert werden müsse. Sie hebt hervor, dass die Auslastung der Pflegeheime mit 94 % zwar gut sei, jedoch eine stärkere Beobachtung des Marktes notwendig sei. Sie kritisiert, dass Investoren aufgrund von Fachkräftemangel, Baulandproblemen und wirtschaftlichen Unsicherheiten oft zurückhaltend seien. Zudem fordert sie mehr Unterstützung für den häuslichen Pflegebereich, da 80 % der Pflege im Kreis Unna zu Hause erfolge.

Herr Göpfert ergänzt, dass die Pflegebedarfsplanung auf einem zwölf Jahre alten Landesgesetz basiere, das möglicherweise überarbeitet werden müsse. Er betont, dass die Organisation und Finanzierung der Pflege bundesweit geregelt seien und vor Ort nur begrenzt Einfluss genommen werden könne. Er verweist auf Bemühungen, die Attraktivität von Pflegeberufen zu steigern, etwa durch Ausbildungsmessen und Netzwerke. Er kritisiert jedoch, dass viele Initiativen, wie der Zukunftscampus, aufgrund fehlender Landesförderung nicht umgesetzt werden konnten.

Frau Wegner fordert erneut, dass auf Bundesebene Lösungen für die Probleme der Kurzzeitpflege gefunden werden müssten. Sie schlägt vor, alternative Modelle zu entwickeln, um die Auslastung und Wirtschaftlichkeit solcher Einrichtungen zu verbessern.

Frau Chur schließt die Diskussion mit der Feststellung, dass die Herausforderungen in der Pflege weiterhin bestehen bleiben und eine Entbürokratisierung notwendig sei, um mehr Zeit für die direkte Pflege am Menschen zu schaffen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der als Anlage beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2025 nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege fortzuführen, um die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur gleichermaßen von präventiv und ambulant zu teilstationär und vollstationär zu stärken.
3. Es besteht bis 2028 (Zieljahr für die Pflegebedarfsplanung 2025 nach APG-NRW) Bedarf an **11 neuen Pflegeheimplätzen** i.S. SGB XI. Diese zusätzlichen Pflegeheimplätze sind nach § 27 Abs. 1 der Änderungsverordnung zur Durchführungs-VO zum Alten- und Pflegegesetz NRW öffentlich auszuschreiben. Der Bedarf an kreisweit **333 zusätzlichen Tagespflegeplätzen** ist ebenfalls öffentlich auszuschreiben, im Sinne der o.a. Landesverordnung. Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen zur Realisierung des Bedarfes auch durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten hinzuwirken.

Vollstationäre Plätze (Pflegeheime):

Kommune	Plätze
Bönen	2 Plätze
Unna	9 Plätze

Teilstationäre Plätze (Tagespflege):

Kommune	Plätze
Fröndenberg	49 Plätze
Holzwickede	14 Plätze
Kamen	56 Plätze
Lünen	16 Plätze
Schwerte	72 Plätze
Selm	23 Plätze
Unna	64 Plätze
Werne	39 Plätze

4. Für die Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften wird eine Versorgungsquote von mindestens 2 %-Plätzen bezogen auf die 80jährige u. ä. Bevölkerung mit einem notwendigen Zuwachs von **71 Plätzen** kreisweit empfohlen (vergleiche Tabelle Sachbericht). Es besteht außerdem weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren – eine Versorgungsquote von mindestens 4 % bezogen auf die 65jährige und ältere Bevölkerung und ein Zuwachs von mindestens **1.900 Service-Wohnungen** wird empfohlen (vergleiche Tabelle Sachbericht). Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen auch zur Realisierung dieses Bedarfes, z.B. durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten, hinzuwirken.
5. Der Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen, die also nur für die Kurzzeitpflege zur Verfügung stehen und auch langfristig im Voraus buchbar sind, ist im Kreis Unna weiterhin so hoch, dass aktuell jeglicher fachlich geeignete Zuwachs mit einer angemessenen Zahl an Plätzen bedarfsgerecht wäre und daher

momentan keine dezidierten Platzzahlvorgaben oder sozialräumliche Zuordnungen vorgenommen werden müssen. Aktuell stehen 76 solitäre Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 196/25 Demokratiepreis Kreis Unna 2026

Herr Rothkegel führt an, dass die SPD-Fraktion zu dem vorliegenden Tagesordnungspunkt noch Beratungsbedarf habe.

Die CDU-Fraktion schließt sich diesem Anliegen an.

Die Beratung und Beschlussfassung zur Drucksache 196/25 wird einvernehmlich auf die Sitzungen des Kreis-ausschusses/Kreistages am 23./25.03.2026 verschoben.

Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

1. Vorstellung FB 50 Arbeit und Soziales (Präsentation zu TOP 3)
2. Vorstellung Arbeit des Jobcenters (Präsentation zu TOP 4)
3. Arbeitslosenzahlen schwerbehinderter Menschen
4. Vorstellung Inklusion (Präsentation zu TOP 5)
5. Pflegebedarfsplan 2025 (Präsentation zu TOP 7)

gez. Sonja Risy
Schriftführerin

gez. Angelika Chur
Vorsitzende